

Worum geht es, warum gehen Bäuerinnen und Bauern auf die Straße und protestieren gegen die Bundesregierung?

Die Bundesregierung wurde vom Bundesverfassungsgericht verurteilt, ihren Finanzhaushalt ohne bisher geplante, aber verfassungswidrige Tricks aufzustellen. Die Regierung muss also geplante Ausgaben kürzen oder sich neue Einnahmen (inkl. zusätzlicher neuer Schulden) verschaffen. Dazu hat die Regierung Vorschläge erarbeitet, die den Abgeordneten im Deutschen Bundestag jetzt schon im Januar zur Beratung und Verabschiedung vorgelegt werden.

Wir protestieren gegen die Vorschläge im Agrarbereich, weil...

wir für unsere unverzichtbaren Landmaschinen und den notwendigen Dieselkraftstoff, die die Grundlage unserer Lebensmittelversorgung sind, zusätzliche Steuern zahlen sollen. Das belastet das Einkommen eines durchschnittlichen Betriebs um viele tausend Euro jährlich.

Aber das ist nicht der alleinige Grund unseres Protestes!

Diese einseitigen Steuererhöhungen und weitere geplante Kürzungen, die nur uns treffen, sind ungerecht und unverhältnismäßig, weil

- wir als kleine Berufsgruppe eine Hauptlast für die Finanzierung der von der Regierung zu verantwortenden Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen tragen sollen.
- wir die Unwahrheit nicht hinnehmen können, dass es sich bei unserem eigenständigen Steuersatz für den Diesel für Landmaschinen (wie auch in fast allen EU-Ländern) oder dem bisherigen Verzicht auf KFZ-Steuern für diese Maschinen um klimaschädliche Umweltsubventionen handelt,
- wir bisher wie z. B. auch im Transportgewerbe keine ausgereiften, verfügbaren und wirtschaftlichen, technischen Möglichkeiten haben, die höheren Steuern durch Umstieg auf andere Motoren zu vermeiden (wie E-Autos).
- wir unsere Klimaschutzziele durch erhebliche Anstrengungen bisher eingehalten haben und trotzdem wie alle anderen Sektoren, die hier deutlich hinterherhinken, eine höhere CO₂-Steuer zur Finanzierung dieser Ziele zahlen.
- die Regierung die schon jetzt stark gekürzten Finanzmittel des Bundeslandwirtschaftsministeriums, die z. B. Umwelt- oder Tierwohlmaßnahmen auf unseren Höfen einkommenswirksam unterstützen sollen, jetzt zusätzlich kürzen will.

Wir (und viele andere Berufsgruppen auch) haben kein Vertrauen mehr in die Regierung, weil

- diese uns in den letzten Jahren unaufhörlich neue finanzielle Belastungen und eine ausufernde Bürokratie aufgebürdet hat.
- diese Lösungsvorschläge von ihr selbst eingesetzter Kommissionen zu fairen Lösungen ignoriert.
- die uns von der Politik aufgezwungenen Kostensteigerungen der Lebensmittelerzeugung von unseren Handelspartnern auch wegen günstiger Importe aus anderen EU-Ländern und dem Nicht-EU-Ausland nicht bezahlt werden bzw. viele Verbraucher (z. B. wegen finanzieller Überforderung) auf Billigware aus dem Ausland zurückgreifen.
- wir kein Verständnis mehr dafür haben, dass mit unseren Steuern im Bundeshaushalt fragwürdige Ausgaben eingeplant sind wie z. B. die Schaffung ungenutzter Urwälder in Deutschland oder für die Aufgabe von wirtschaftlichen Nutzungen für zusätzliche Naturschutzmoore.

Unsere Forderungen:

1. Rücknahme der geplanten Veränderungen beim Agrardiesel
2. Steuerliche Entlastung der Landwirtschaft
3. Ein Moratorium für nationale Auflagen, die die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zusätzlich belasten, zum Beispiel: Pflanzenschutzrecht, Tierschutz, entwaldungsfreie Lieferketten, Waldgesetz
4. Rückbau von Überregulierung beim Düngerecht und bei der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP)
5. Planungssicherheit und finanzielle Unterstützung für eine Weiterentwicklung einer wettbewerbsfähigen Tierhaltung

